Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 198. **Donnerstag, 25. August 1921, abends.** **74. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 50 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die am 1. ds. Mts. fällig gewesene **Staatsgrundsteuer** mit 10 Pfg. für die Einheit und **Gemeindegrundsteuer** mit der Hälfte des Jahresbetrags sind

nunmehr umgehend

an unsere Steuerkasse abzuführen, da in den nächsten Tagen mit dem Mahnen zu beginnen ist.

Den gleichfalls mit 14 Pfg. für die Einheit fälligen **Landeskulturratsbeitrag** lassen wir gegen Quittung einholen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 25. August 1921. **K.**

Herr Privatus **Hermann Kühne** ist heute auf weitere 3 Jahre als **Bezirksvorsteher** für den 5. Bezirk in Pflicht genommen worden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 23. August 1921. **Schmn.**

Das Tabakflurbuch der Stadt Riesa für das Erntejahr 1921, in welches die Tabak-Anbauflächen der einzelnen Tabakpflanzer eingetragen sind, liegt vom 26. bis 29. August ds. Jhs. während der üblichen Geschäftszeiten in der Ratshauptkanzlei, Zimmer Nr. 2, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Der Rat der Stadt Riesa, am 25. August 1921. **Schmn.**

Oeffentliche Gemeinderatssitzung Freitag, 26. August 1921, abends 8 Uhr im Gasthof Walther.

Weida bei Riesa, am 25. August 1921. **Der Gemeindevorstand.**

Freibank Poppitz.

Heute Donnerstag abend von 6—7 Uhr wird das Fleisch einer Kalbe verkauft, ½ Kilo 5 Mark.

Der Gemeindevorstand.

Neuauflage des amtlichen Fernsprechbuchs.

Das amtliche Fernsprechbuch für den Ober-Postdirektionsbezirk Dresden wird in nächster Zeit neu aufgelegt. Aenderungen in den Eintragungen, die Berücksichtigung finden sollen, sind spätestens bis zum 1. September schriftlich und postfrei hierher anzuzeigen.

Riesa, den 20. August 1921. **Postamt.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 25. August 1921.

—* **Oberschlesier-Hilfswerk.** Infolge der entsetzlichen Not, in der sich unsere aus Oberschlesien vertriebenen Schwestern und Brüder noch immer befinden, ist weitere Hilfe für Oberschlesien dringend nötig. Die Hilfe muß auch bald ins Werk gesetzt werden, soll sie nicht zu spät kommen. Das Wort „Oberschlesier-Hilfe" sei daher eine Mahnung, daß es Pflicht eines jeden ist, nach Kräften die bittere Not unserer oberschlesischen Volksgenossen mildern zu helfen. Ergreife dazu jeder Gelegenheit bei der **Büchsensammlung** mit **Blumenverkauf**, die am kommenden Sonntag durch hiesige Schülerinnen zum Besten des Oberschlesier-Hilfswerkes in den Straßen unserer Stadt vorgenommen wird.

—* **Wohltätigkeitskonzert im Stadtpark.** Auf das am Freitag, den 26. d. M. im Stadtpark stattfindende große Wohltätigkeitskonzert für die Zwecke des Frauenvereins sei nochmals empfehlend hingewiesen. Aus der Vortragsfolge seien besonders erwähnt Doppelquartett von Dregert, Klein u. a. (Schubertbund), Männerchöre von Rob. Volkmann, Schmölzer, Engelsberg (Amphion), gemischte Chöre von Jensen, Mendelssohn u. a., Beethoven's „Ehre Gottes aus der Natur" (Schubertbund, Amphion und Chorverein), sowie Lieder für Bariton von Mendelssohn und Jensen (Herr Horst Krauße).

—* **Platzweihe.** Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Verein für Leibesübungen Riesa e. V. kommenden Sonnabend und Sonntag seine Platzweihe begeht. Für diese Tage sind großzügige sportliche Veranstaltungen vorgesehen, deren Besuch allen Bevölkerungskreisen empfohlen wird. Für Riesa soll die Weihe des ersten Sportplatzes ein Festtag werden, weshalb vom Verein an die Riesaer Einwohnerschaft auch die Bitte ergeht, das Fest durch das Beflaggen der Häuser verschönen zu helfen.

—* **Zuckerversorgung.** Wie das Wirtschaftsministerium bekannt gibt, läuft mit dem 17. September 1921 der letzte (5.) Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 21 ab. Die weitere Ausgabe einer Zuckerkarte ist zurzeit nicht in Aussicht genommen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß noch bis Ende September eine geringe Zuckermenge auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung gebracht werden kann, ist es notwendig, daß die Inhaber der Normalzuckerkarten der Reihe 21 — Bezugskarten und K-Zuckerkarten kommen nicht in Frage — sich ihre Stammkarten aufheben. Nur im Besitze dieser Stammkarten befindliche Personen haben gegebenenfalls Anrecht auf eine Belieferung mit der zur Ausschüttung gelangenden Menge.

—* **Zum Kampf in der sächsischen Holzindustrie.** Der Gesamtverband der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands, Sekretariat für Sachsen, schreibt zum Kampf in der sächsischen Holzindustrie: Im deutschen Holzgewerbe ist letzthin ein Rahmentarif zum Abschluß gebracht worden, an dem auf Arbeitnehmerseite der sozialistische und der christliche Holzarbeiterverband beteiligt sind. Die speziellen Lohnverhandlungen für den Bezirk Sachsen scheiterten bisher daran, daß die sozialistische Seite auf Ausschließung des christlichen Holzarbeiterverbandes von den Verhandlungen drängte. Diesem Verlangen, einen Reichstarifkontrahenten rechtlos zu machen, und damit die Bahn bewährter gewerkschaftlicher Grundsätze zu verlassen, widersetzte sich die Arbeitgeber-Vereinigung. Der sozialistische Verband hat daraufhin eine Anzahl Teilstreiks eingeleitet, worauf die Arbeitgeber die Aufforderung zum Abbruch der Streiks beschlossen haben, widrigenfalls am 27. August die Aussperrung in der gesamten sächsischen Holzindustrie einsetzen wird. Es sind also nicht wirtschaftliche Differenzpunkte, die zum Kampf führen, sondern es ist der machthungrige Standpunkt der sozialistischen Gewerkschaft, der die christlich organisierte Minderheit rechtlos machen und vom Verhandlungstisch brutal entfernen will. Wie in diesen Kreisen das Prinzip der Arbeitsgemeinschaft verstanden und praktiziert wird, ist gelegentlich dieses Kampfes recht deutlich erkennbar.

—* **Tarifverhandlungen im sächsischen Fuhr- und Verkehrsgewerbe.** Ueber den für das sächsische Fuhr- und Verkehrsgewerbe geltenden Landestarifvertrag haben Dienstag in Dresden Kommissionsverhandlungen stattgefunden, die jedoch nicht zu Ende geführt werden konnten. Beide Parteien sind dahin übereingekommen, daß die Verhandlungen am kommenden Montag im sächsischen Arbeitsministerium, dessen Zustimmungserklärung zu diesem Vorschlage bereits vorliegt, fortgesetzt werden.

—* **Reichsbund der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels.** In Eisenach fand unter Vorsitz des sächsischen Landtagsabgeordneten Schmidt-Plauen i. V. die stark besuchte Vollversammlung des Reichsbundes der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels e. V. Sitz Hannover statt. Reichstagsabgeordneter **Boythien** sprach über „Sozialisierung und Gemeinwirtschaft von Wirtschaftsbetrieben", Landtagsabgeordneter **Schmidt** über „6-Uhr-Ladenschluß und Abbau der Preisprüfungsstellen". Hierzu wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß die Entwickelung der Preisverhältnisse nach der Rückkehr zur freien Wirtschaft bewiesen habe, daß die Preisprüfungsstellen überflüssig geworden seien, da die Preise in wirtschaftlich gesunder Art durch Angebot und Nachfrage geregelt würden. Der Einfluß der Preisprüfungsstellen habe in vielen Fällen sogar preistreibend gewirkt. Die Versammlung forderte nachdrücklichst die sofortige Aufhebung der die Errichtung von Preisprüfungsstellen betreffenden Bundesratsverordnung vom 25. September 1915. Ferner hielt Zollinspektor **Wagner**-Liegnitz einen Vortrag über das Wein- und Tabaksteuergesetz. Nach eingehender Besprechung wurde von der Versammlung eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, die Erhebung der Wein- und Tabaksteuer auf andere Grundlage zu stellen, und zwar derart, daß die Weinsteuer beim Hersteller bezw. Einbringer erhoben und die Tabaksteuer auf den Rohtabak gelegt wird. Es heißt weiter, daß die vorgeschlagenen Veränderungen auch zur Hebung der Steuermoral beitragen werden.

—* **Vermietung von Lastkraftwagen durch den Sächsischen Staat.** Die Kraftwagenverkehrsanstalt „Freistaat Sachsen", die bekanntlich vom sächsischen Staat kapitalisiert wird, vermietet seit einiger Zeit Lastkraftwagen ohne Fahrer auf längere Zeit, auch auf Jahre hinaus. Der Gedanke ist der, daß sich Gemeinden, Behörden, Geschäftsleute, Industrielle, Landwirte, in deren Betrieb die Verwendung eines Wagens nutzbringend erscheint, einen solchen nicht anschaffen, sondern ihn bei der Kraftwagenverkehrsgesellschaft mieten. Der Mieter zahlt dafür einen festen Betrag von 20000 M. Von diesem sind 10000 M. für Instandsetzungen angesetzt. Wird dieser Betrag nicht erreicht, so werden bis zu 5000 M. am Jahresschlusse wieder herausgezahlt. Wird der Wagen instandsetzungsbedürftig, so stellt die Gesellschaft umgehend kostenlos einen Ersatzwagen zur Verfügung.

—* **Mangel an Beamtenanwärtern.** Bei den Finanzämtern besteht, wie aus Zeitungsmitteilungen hervorgeht, zurzeit Mangel an Beamtenanwärtern. Es wird deshalb auf die Laufbahn der Steuersupernumerare an dieser Stelle besonders hingewiesen. Vorbedingung für die Annahme als Steuersupernumerar bei einem Finanzamt ist die Reife für die Unterprima einer neunstufigen Lehranstalt. Es werden jedoch Bewerber mit besserer Schulvorbildung, insbesondere mit dem Abitur, bevorzugt. Die Laufbahn ist der der Hilfssupernumerare vollkommen gleich. Der Vorbereitungsdienst der Steuersupernumerare dauert drei Jahre. Während dieser Zeit erhalten sie in der Regel auf Antrag Unterhaltszuschüsse. Nach Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen rücken die Steuersupernumerare in Stellen von Obersteuersekretären, Steuerinspektoren, Obersteuerinspektoren, Steuerräten, Steuerdirektoren usw. auf. Nähere Auskunft über die Laufbahn erteilen die Finanzämter.

—* **Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.** Fast alle größeren Zahlungen an die Postkassen auf Postanweisungen und Zahlkarten, Bezahlung von Wertzeichen, Fernsprechgebühren, Zeitungsgebühren, Mieten, Schließfachgebühren usw. können unter gewissen Voraussetzungen bargeldlos durch Reichsbanküberweisungen, Reichsbankschecks, Postüberweisungen, Postschecks und Postanweisungen beglichen werden. Ueberweisungen und Schecks von Behörden und bestätigte weiße Reichsbankschecks gelten ohne weiteres als Bargeld. Auch sonst werden Postanweisungen und Zahlkarten abgesandt und Wertzeichen ausgehändigt, ohne daß die Gutschrift abgewartet wird, wenn Sicherheit hinterlegt ist oder der Kunde einen bei der Bestellpostanstalt schriftlich zu beantragenden Ausweis erhalten hat. Die Ausweise berechtigen auch zur Einlösung von Nachnahmen und Postaufträgen, wenn die Postaufträge nicht sofort zurück-, weiter- oder zum Protest zu geben sind. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

—* **Sächsisches Rotes Kreuz.** Das sächsische Rote Kreuz wurde durch Geldspenden aus befreundeten Kreisen des Auslandes in die Lage versetzt, in der letzten Zeit über 100000 Mark an Wohltätigkeitsanstalten und Kinderheime zu überweisen.

—* **Die Beteiligung der Ausländer an der Leipziger Herbstmustermesse** wird erfreulich stark sein. Die Zahlen der ausländischen Besucher der letzten Herbstmesse sind zum Teil bereits wesentlich überschritten. Eine hohe Besucherzahl wird aus Dänemark gemeldet. Sonderzüge aus den verschiedenen Ländern führen die Besucher heran. Die Oststaaten treten bedeutend stärker als sonst auf, besonders Lettland. Der Balkan, hauptsächlich Südslawien, Bulgarien und Rumänien, senden jetzt nach der Einbringung der Ernte eine große Anzahl von Kaufleuten zum Einkauf nach Leipzig. Ueberraschend wirken die hohen Anmeldeziffern aus Italien, Frankreich, Belgien und England, da gerade in diesen Ländern zur Zeit zum Teil eine besonders flaue Geschäftslage herrscht. Aus allen überseeischen Staaten, sowohl Amerika wie Asien und Afrika, sind Käufer gemeldet worden.

—* **Der Rückgang der Spareinlagen.** Die Zahl der sächsischen Sparkassen ist im letzten Vierteljahr durch Vereinigung einer Anzahl politischer Gemeinden mit Dresden und Leipzig um 13 verringert worden und beträgt nunmehr 355. Bei diesen Kassen wurden im 2. Vierteljahr dieses Jahres in 824839 Fällen 361370401 M. eingezahlt und in 457928 Fällen 239993999 M. zurückgezahlt. Im 1. Vierteljahr desselben Jahres wurden in 1046363 Fällen 441369892 M. eingezahlt und in 476639 Fällen 230939017 M. zurückgezahlt. Beim Vergleiche dieser Ziffern läßt sich die verschlechterte Lage im jetzigen Vierteljahre erkennen. Als Ursache des Rückgangs der Einzahlungen ist, wie auch die Steuerstatistik lehrt, das allgemeine Anziehen der Preise anzusprechen, das Hand in Hand mit der Verschlechterung der Valuta geht. Nicht zu unterschätzen ist aber auch als Gefahr für die Sparsamkeit die Einwirkung der Spekulationslust der jetzigen Zeit, die z. B. in den Wettkonzernen zutage tritt. Wenn man die Umsätze, die die Wettkonzerne in der letzten Zeit allein in Sachsen machen konnten, bedenkt und weiter berücksichtigt, daß es sich bei den Einlegern in der Hauptsache um sogenannte kleine Leute handelt, die sonst ihre Ersparnisse auf die Sparkasse trugen, dann wird man sich klar darüber, daß an der wesentlich verschlechterten Lage das Konzernfieber einen gewissen Anteil hat. Die 80 Millionen, die bei den sächsischen Sparkassen im letzten Vierteljahr weniger eingezahlt worden sind, dürfen wohl zum Teil von den Konzernen aufgesaugt und wahrscheinlich auf Nimmerwiedersehen verschwunden sein.

—* **Demokratische Anfrage zum Fall Lotze.** Die demokratische Landtagsfraktion hat in Bezug auf den Fall Lotze folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: „Noch besteht im Beamtentum die Erregung über die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Ryssel zum Amtshauptmann von Leipzig, und schon wird ein weiterer Fall besprochen, der ebenso wie jener die Beamten beunruhigt. Dem Vernehmen nach ist ein Kanzlist einer Leipziger Justizbehörde zum Justizamtmann ernannt und ins Justizministerium versetzt worden, der die für dieses Amt erforderlichen Prüfungen nicht abgelegt hat. Durch diese Berufung werden viele Beamte, die allen Anforderungen dieses Amtes entsprechen, zurückgesetzt und in ihrer Berufsehre schwer gekränkt. Ist der Regierung dieser Vorgang bekannt und ist sie gewillt, ihn gutzuheißen?"

—* **Tagung des Vereins Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten.** In den Tagen vom 25. bis 27. August dieses Jahres findet in Dresden die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten statt. Die Tagung beansprucht weit über die näher beteiligten Kreise hinaus insofern ein großes allgemeines Interesse, als auf dieser Tagung neben besonderen Fragen der Standes- und Berufsinteressen vor allem wichtige Zeitfragen sozialpolitischer und sozialhygienischer Art behandelt werden, die für die Industrie wie für den Schutz und die Gesundheitspflege der Arbeiter und Angestellten in Handel und Industrie von Bedeutung sind.

—* **Tagung der deutschen Einigungsämter.** Die Tagung der deutschen Einigungsämter findet vom 26. bis 28. August im alten Sitzungssaal der Stadtverordneten in Dresden statt. Es soll u. a. über den Zusammenschluß der Einigungsämter, die neue Mieterschutzverordnung, die Gebührenfrage usw. beraten werden. Die Tagung ist nicht öffentlich.

—* **Der Gesetzentwurf über Mieterschutz und Einigungsämter.** Das Wirtschaftsministerium hat den Handelskammern einen von den zuständigen Reichsbehörden aufgestellten Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Einigungsämter zur gutachtlichen Aussprache zugehen lassen. Die Handelskammern weisen in ihrem gutachtlichen Bericht darauf hin, daß der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form gänzlich unreif und offensichtlich einseitig von Vertretern der Mieter ohne Gehör der Hausbesitzer ausgearbeitet sei. Der Entwurf stellt sich auf den Standpunkt einer Gruppe von Staatsbürgern, denn er gibt den Mietern nur Rechte, den Vermietern nur Pflichten. So soll dem Vermieter das Verfügungsrecht über das Eigentum in sehr weitgehendem Maße entzogen werden. Er kann den Mieter nach dem Entwurf, wenn ihm dieser auch noch so unangenehm ist, nur im Klagewege aus dem Mietverhältnis entfernen und zwar nur dann, wenn der Mieter ihn fortgesetzt erheblich belästigt oder das Gebäude fortgesetzt erheblich gefährdet. Der Mieter dagegen soll von der pünktlichen Mietzinszahlung befreit sein. Er darf nach dem Gesetzentwurf fortgesetzt mit der Mietzinszahlung im Rückstand bleiben, und zwar nicht nur mit einer, sondern mit zwei oder mehreren Raten. Weiterhin soll der Mieter sogar zur unbeschränkten Verfügung über die Räume durch Weitervermietung berechtigt sein und anderes mehr. Der Gesetzentwurf